

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raden & Komp., Nr. 20619.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringens monatlich 1,80 M. Zur Zeit die Post bezogen vierteljährlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 26261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vorauszahlungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 179.

Dresden, Sonnabend den 3. August 1918.

29. Jahrg.

## Liebesgaben für den Handel.

Von Robert Reinert.

In Friedenszeiten gehörte der An- und Verkauf alter Kleidungsstücke nicht zu dem eifrigen Gewerbe, das von den Handelskammern in besonderem Schutz genommen wurde. Das hat sich aber im Kriege, wie so manches andere auch, geändert. Um Geld zu verdienen, ist dem Handel jedes Mittel und jeder Gegenstand angenehm, alle Bedenken verschwinden, namentlich, wenn den Arbeitern die Läden leer gemacht werden können. Das bewirkt der Handel mit alten Anzügen.

Die Reichsbekleidungsstelle hat die Sammlung von getragenen Anzügen eingeleitet. Drei Millionen Anzüge sind erforderlich, um die Arbeiter der Rüstungsindustrie, der Landwirtschaft und der Eisenbahn im Winter mit Arbeitskleidung zu versehen. Hierfür soll im Wege der freiwilligen Ablieferung eine Million Anzüge aufgebracht werden. Für Anzüge werden nach den Richtlinien der Reichsbekleidungsstelle bezahlt bis zu 75 Mark für einen gut erhaltenen, bis zu 45 Mark für einen mittelmäßigen und bis zu 30 Mark für einen schlechten Anzug. Es ist aber auch ein Teil der Anzüge ohne Bezahlung abzugeben, weil die Leute für den guten Zweck etwas beitragen wollten. Die Anzüge werden von den Abkäuferstellen der Kommunalverbände entgegengenommen, desinfiziert und instand gesetzt. Dafür dürfen lediglich die Selbstkosten berechnet werden, jeder Gewinn ist ausgeschlossen. Die Anzüge sind zur Verfügung der Reichsbekleidungsstelle zu halten.

Soweit wäre die Einrichtung der Reichsbekleidungsstelle in jeder Beziehung zu begrüßen. Anders steht es mit der Abgabe der Anzüge an die Bekleidungsstellen, für die die Sammlung bestimmt ist. Hier müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen das Vorhaben der Reichsbekleidungsstelle Einspruch erheben.

Die Anzüge sollen in 54 mit den Handelskammern eingerichteten Reichsbekleidungsstellen sortiert und durch den Handel an die Arbeiter abgegeben werden. Damit kommt die Reichsbekleidungsstelle einer Forderung der deutschen Handelskammern entgegen, die auf einer Versammlung am 1. Juli in Hannover beschlossen haben, daß den Reichsbekleidungsstellen auch die Verteilung der für die kriegswichtigen Betriebe bestimmten Kleidung übertragen werden müsse! In dem Beschlusse heißt es dann:

Weiter ist unbedingt zu fordern, daß die Gemeindeverbände auf die Verteilung der gesammelten Kleider über Haupt verzichten. Im Gegensatz zu Forderungen, die die Arbeiter stellen, ist die Reichsbekleidungsstelle den Handelskammern in jeder Beziehung entgegengekommen. Sie hat den Abkäuferstellen den Verkauf der gesammelten Kleidungsstücke verboten und den von den Handelskammern errichteten Bekleidungsstellen übertragen. Wie diese den Verkauf der Anzüge einrichten, ist ihnen vollkommen freigestellt. Für jedes Kleiderlager kommen zunächst 20 000 Anzüge in Betracht, und zum Verkauf sollen alle Kaufleute zugelassen werden, die vor dem 1. August 1914 den Kleiderhandel mit Bekleidungsgegenständen betrieben haben. Die Kleiderlager muß der Kommunalverband die Anzüge übertragen, und von dort aus erfolgt die Abgabe an die Konfektionsgeschäfte. Während nun die Gemeinden für die Wiederherstellung der alten Anzüge keinerlei Gewinn machen dürfen, ist den Händlern ein Gewinn von 20 Prozent zugesichert! Das heißt also: Jeder Arbeiter, der einen Arbeitsanzug braucht, ist verpflichtet, den Kleiderhändler 20 Prozent mehr zu bezahlen, weil die Reichsbekleidungsstelle den Gemeinden gestattet, die von ihr gesammelten Anzüge ohne Gewinn selbst zu verkaufen.

Die Abkäuferstellen sind auf den Verkauf alter und auch neuer Kleidung und Wäsche schon lange vollständig eingerichtet. Der Verkauf von 2000 Anzügen in einem Bezirke erfordert fast gar keine weiteren Kosten, mindestens sind sie so gering, daß der Aufschlag gar nicht zu bemerken sein würde. Die Reichsbekleidungsstelle hat nicht gefragt, ob der Verkauf dieser Stellen zu übertragen ist, sondern einfach dem Handel auf Kosten der Arbeiter einen Verdienst von vielen Millionen Mark zugesagt. Die Verteuerung der Anzüge um 20 Prozent bringt eine so ungeheure Summe, daß man sich fragen muß, wie denn die Reichsbekleidungsstelle diese Aktion verantworten will!

Die Anzüge werden durchschnittlich 80 bis 100 Mark kosten. Nimmt man nur 80 Mark an, dann bekommt der Handel von den gesammelten Anzügen nicht weniger als 16 Millionen Mark Verdienst. Bei drei Millionen Anzügen ist der Verdienst mindestens 50 Millionen Mark. Ein Arbeiter, der einen Anzug haben muß, ist also verpflichtet, zwei bis drei Tage für die Kleiderhändler zu arbeiten. Er ist ganz verpflichtet, sich dieses Grunddienstes zu entziehen, denn sonst bekommt er eben keinen Anzug. Das ist das Überbörstete, bekommt er eben keinen Anzug. Das ist das Überbörstete, bekommt er eben keinen Anzug. Das ist das Überbörstete, bekommt er eben keinen Anzug.

Dabei ist die Maßnahme nicht einmal zweckmäßig. Während die Anzüge nur von den Abkäuferstellen ohne 20 Pro-

zent Aufschlag verkauft, dann hätte der Arbeiter die unbedingte Gewißheit, daß er an dieser Stelle auch einen passenden Anzug bekommt. Nun aber kann er aus einem Laden in den anderen laufen, ehe er einen Anzug, wie er ihn braucht, finden kann. Also nicht nur wird dem Arbeiter das Geld unnützerweise der Tasche gezogen, er muß auch noch viel Zeit und Arbeitsvergnügen drangeben, ehe er einen Anzug erhalten kann.

Damit hat die Reichsbekleidungsstelle aber auch die Sammlung der Anzüge völlig lahmgelegt. Wer einen Anzug abgibt, hat, tat es nicht, damit der Handel überflüssigerweise ein gutes Geschäft macht, sondern um den Arbeitern zu helfen, um seine Pflicht gegen das Volk zu erfüllen. Ein Sturm der Entrüstung wird durch alle gehen, die abgibt, haben, da jetzt die Aktion nicht mehr allein den ursprünglichen Zweck verfolgt, die Arbeiterkleidung mit Anzügen zu versorgen, sondern auch den Handel unberechtigterweise zu bereichern. Wer wird denn nun noch für solche Zwecke freiwillig etwas hergeben? Die zynische Erfindung der Anzüge als Kriegsmaschine darf doch auch nicht erfolgen, damit der Handel von vornherein einen bestimmten Nutzen hat. Da müßten die gemeinnützigen Einrichtungen benutzt werden, die bereits vorhanden sind und zur allgemeinen Zufriedenheit arbeiten. Und glaubt man, daß die Arbeiter zu alledem stillschweigend haben?

Die Vorstände der Arbeiterorganisationen müssen sofort bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden, um diesen organisierten Forderungen auf den Vorbehalt der Arbeiter zu verhindern. Der Verkauf der gesammelten Anzüge muß wie bisher auch in Zukunft nur von den Abkäuferstellen ohne Gewinnaufschlag erfolgen.

## Lloyd George über den Wirtschaftskrieg.

Lloyd George, vor dem Kriege leidenschaftlicher Vorkämpfer des Freihandels, hat sich im Kriege nicht nur zu einem Schutzoll-System, sondern zu einem richtigen Protektionssystem bekannt, einem System, das darauf ausgeht, durch gemeinsame Hindernisse das Emporkommen eines Weltverbandes im Keim zu unterdrücken. England wendet dieses Schutzesystem im Kriege gegen Deutschland als seine stärkste Waffe an; die Wiederherstellung des Friedens müßte aber logischerweise auch den Schutz auf die Anwendung dieses Schutzesystems in sich schließen. Der englische Ministerpräsident hat indes einer Abordnung von 200 Großindustriellen erklärt, daß von einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands nach dem Kriege gar keine Rede sein könne. England und seine Verbündeten würden die Kontrolle der Rohstoffe in ihrer eigenen Hand behalten und damit die für den Krieg geschaffene Genossenschaft als wirtschaftliche Kampfmittel gegen Deutschland weiter wirken lassen.

Die ungeheure Bedeutung dieser Frage kann keinem entgehen, der sich noch nicht daran gewöhnt hat, die Welt nach nur militärischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Viel mehr als ein Elch-Lothringen, Island, Litauen usw. geht dieser Krieg um Kupfer und Petroleum, Zinn und Baumwolle, Häute und Palmkerne. Auch Langen und Brien mit ihren Eisenerzen würden uns wenig nützen, wenn wir dafür von den andern wichtigen Rohstoffen der Welt abgeperrt blieben.

Eine landläufige Legende geht dahin, man müsse den Gegner durch militärische Siege zur Aufgabe seiner wirtschaftlichen Pläne zwingen. Die Ueberführung dieser Theorie in die Praxis legt aber die vollständige Niederwerfung der gesamten gegen uns verbündeten Welt voraus.

Eine andere Meinung geht dahin, man müsse durch dauernde Beherrschung des Ostens sich für das Schicksal halten, was im Westen verloren geht. Nun sind die Rohstoffquellen Russlands zweifellos gewaltig und durch Pflege in ihrer Erreichbarkeit noch außerordentlich zu steigern. Solange aber der Krieg nicht zu Ende und im Osten nicht irgendeine feste Ordnung hergestellt ist, bleiben uns die russischen Rohstoffe beinahe so gut wie gesperrt, als wenn zwischen ihnen und uns eine englische Blockade läge. Ob aber eine dauernde Beherrschung des Ostens durch Deutschland möglich sein wird, hängt wieder vor allem vom Ausgang des Weltkrieges ab; diese dauernde Beherrschung hat wiederum die schnelle Wiederherstellung der feindlichen Weltmächte zur Voraussetzung, in welchem Falle wir ja dann nicht mehr auf die feindlichen Rohstoffe angewiesen werden, sondern über die westlichen genau so gut verfügen könnten.

Die Lage wäre also für Deutschland höchst bedenklich, wenn nicht in allen Dingen mit dem Wirtschaftskrieg ein ganz gewaltiges Stück Weibertreibung läge. Die Welt wird aber zu ihrem Wiederaufbau nach dem Kriege die deutschen Fabrikanlagen und die deutsche Arbeitskraft sehr notwendig brauchen. Der Kaufmann, der Lieferungsentwürfe erhält und keine englischen Waren austreiben kann, wird notgedrungen zu deutschen greifen. Andererseits kann der angedrohte Wirtschaftskrieg auch Deutschland nicht zur Strecke bringen, so kann er doch den wirtschaftlichen Aufbau nach dem Kriege in hohem Grade erschweren. Wir tun also am besten, ruhig zuzusehen, daß die Gegner in der Beherrschung der Rohstoffquellen ein sehr beachtenswertes Machtmittel in der Hand haben, das bei künftigen Friedensverhandlungen schwer ins Gewicht fallen wird. Soweit Deutschland nicht insande ist, den Zugang zu den Rohstoffquellen zu erzwingen, wird es ihn durch anderweitige Angehörigkeiten erkaufen müssen. Das muß das wichtigste Ziel sein, erst den Krieg, dann aber die Verhandlungen so zu führen, daß Deutschland als völlig gleichberechtigter Mitbewerber in der Weltwirtschaft daraus hervorgeht. Alle Grenzfragen, soweit es sich um geplante "Sicherungen" und "Anlehnungen" handelt, sind gegenüber dieser Hauptfrage wahre Kinderreien.

gen zu deutschen greifen. Andererseits kann der angedrohte Wirtschaftskrieg auch Deutschland nicht zur Strecke bringen, so kann er doch den wirtschaftlichen Aufbau nach dem Kriege in hohem Grade erschweren. Wir tun also am besten, ruhig zuzusehen, daß die Gegner in der Beherrschung der Rohstoffquellen ein sehr beachtenswertes Machtmittel in der Hand haben, das bei künftigen Friedensverhandlungen schwer ins Gewicht fallen wird. Soweit Deutschland nicht insande ist, den Zugang zu den Rohstoffquellen zu erzwingen, wird es ihn durch anderweitige Angehörigkeiten erkaufen müssen. Das muß das wichtigste Ziel sein, erst den Krieg, dann aber die Verhandlungen so zu führen, daß Deutschland als völlig gleichberechtigter Mitbewerber in der Weltwirtschaft daraus hervorgeht. Alle Grenzfragen, soweit es sich um geplante "Sicherungen" und "Anlehnungen" handelt, sind gegenüber dieser Hauptfrage wahre Kinderreien.

## Lloyd Georges Rede.

Wie haben uns zur Pflicht gemacht, den schrecklichen Krieg zu beendigen. Namentlich seit dem 21. März ist meine ganze Zeit der Aufgabe gewidmet, den gewaltigen Angriff, den uns die Feinde gegen uns richteten, abzuwehren. Jetzt sind wir dabei, ihn gänzlich zu beenden. Jeder, der etwas erreicht hat, freut sich über den Verlauf der Dinge. Es wird viel von

## Völkerbund

gesehen. Aber es besteht bereits zwei Völkerbünde, nämlich erstens das britische Reich und zweitens das Bündnis der zusammen gegen die Mittelmächte kämpfenden Völker. Wozu die Besprechungen auf führen mögen, es wird ein Völkerbund sein müssen, bei dem wir mit diesen schon bestehenden Völkerbünden, von denen wir bereits einen Teil besitzen, Hand in Hand gehen können. Wir haben dieses Problem in den letzten zwei Wochen mit den Vertretern der Dominions besprochen, wie bereits 1916 mit unseren Bundesgenossen, zu denen damals Amerika noch nicht gehörte. Dieses hat sich bisher über die Pariser Frage noch nicht ausgesprochen. Eine Uebereinstimmung in dieser großen Frage würde bedeuten, daß die wirtschaftliche Lage der Welt in den Händen der Verbündeten bliebe. Die bedeutendsten Industrien dieser Länder müssen nicht nur aufrechterhalten, sondern verstärkt werden.

Je länger der Krieg dauert, desto schwerer werden die wirtschaftlichen Bedingungen sein, die wir dem Feind auferlegen werden. Je früher er das einzieht, um so besser für ihn. Er kämpft, um uns seine eigenen Bedingungen aufzuerlegen, aber dies wird ihm niemals gelingen. Kämpft der Feind weiter, so wird er uns immer schwerere Lasten auferlegen, unsere Augen verdunkeln und Schanzarbeiten tun, die die Menschheit bedrohen, und die es uns schwer machen, ihm nach dem Kriege noch die Hand zu reichen, dann werden die Bedingungen, die wir ihm auferlegen, noch schwerer sein. Was die Haltung unserer Regierung

## nach dem Kriege

anzieht, so denkt niemand daran, das gegenwärtige System der Eingriffe in das Privatleben fortzusetzen. Über eine der zwei Bedingungen müssen bleiben, bis wie über die Uebergangsfristigkeit hinüber sind. Eine der beiden Bedingungen der Regierung ein bedeutende Menge Rohstoffe bekommen können. Wir werden Transporte organisieren müssen. Wir werden ferner zu denken, daß die Dominions den ihnen zuzumessenden Anteil erhalten sollen. Aber wir haben noch mehr zu tun, nämlich die nicht zu vergessen, die für uns kämpfen und ein Recht haben auf Englands Unterstützung bei der Wiederherstellung ihres industriellen und nationalen Lebens. Wir können vielleicht auf feindlicher Seite Verstärkungen erhalten, die uns mehr Vorteil verschaffen als Verluste von englischer, überseeischer oder verbündeter Seite. In erster Linie kommen aber die Menschen, die Schulter an Schulter mit uns kämpfen. Laßt uns nicht den Irrtum begehen und Genossenschaften auflösen, sobald der Krieg vorüber ist. Die Welt wird nicht gleich wieder in ihre Jugend gerückt sein, und wenn wir die Genossenschaften aller dieser großen Völker auflösen, dann könnte es vorkommen, daß manches Volk darauf vorbereitet ist, daraus seinen Nutzen zu ziehen. Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, daß wir, sobald das Uebergangsstadium nach dem Kriege erreicht ist, einander beistehen und uns in höchster Bereitschaft verhalten.

London, 2. August. (Reuters.) Die Regierung entscheidet sich für eine kleine Rohstoffkommission mit Vertretern des Handels und der Industrie und der Arbeiterschaft, um die Herbeischaffung der Rohstoffe für den Frieden nach dem Kriege zu erwägen.

## Annahme der Kriegskredite im Unterhause.

Aus London wird gemeldet: Bei Einbringung des Kredites von 700 Millionen Pfund Sterling sagte Bonar Law im Unterhause, daß dieser große Betrag nicht die Folge einer Erhöhung der Ausgaben sei, und daß er hoffe, es werde möglich sein, im laufenden Budgetjahre mit einem Nachtragkredit zu reichen. Die verbleibenden Deereausgaben würden in Verbindung mit der Verfertigung. Die Herrschaft sei jetzt größer als zur Zeit, wo das Budget aufgestellt wurde. Die Schuld der Alliierten betrage jetzt 1400 Millionen und die der Dominions 200 Millionen Pfund Sterling. "Auchland" sagte er, ist um 508, Frankreich 402, Italien 313 und die kleineren Alliierten sind um 119 Millionen Pfund Sterling schuldig.

Das Unterhause nahm einstimmig den Kredit an. Bonar Law teilte mit, daß Lloyd George am 7. August über die militärische Lage sprechen werde. Aus London wird gemeldet: Lloyd George hat in seiner gestrigen Mitteilung über die wirtschaftliche Politik der Regierung, worüber die Times bereits berichteten, noch gesagt, daß Amerika bis jetzt noch keine Meinung geäußert habe. Was die Pariser Beschlüsse von 1916 über einen Völkerbund angeht, so sagte er: Wie sind voll Hoffnung, denn die Uebereinstimmung der Alliierten in dieser großen Frage bedeutet, daß die weltwirtschaftlichen Einrichtungen in den Händen der Alliierten bleiben werden. Wir haben diese Frage in den letzten zwei Wochen auch mit den